rechnung mit einbezogen, und um euch ein Beispiel zu geben, will ich anführen, was jetzt geschieht:

Ich habe Pässe ausgegeben zur Ausfuhr von 9000 Wp. Weizen und Roggen aus Magdeburg und der Altmark. Sie verkaufen den Roggen zu 1 Rthl. 2 Gr., und selbst wenn sie zuviel exportieren, so macht das nichts, weil wir in Polen den Scheffel zu 12 Gr. kaufen können; bis Berlin kommt er auf 14 Gr. zu stehen, so daß das Land am Scheffel 12 Gr. gewinnt. Wenn aber die Ernte schlecht ausgefallen ist, und in Polen die Getreidepreise höher sind, dürft ihr die Ausfuhr nicht zulassen, oder es geht euch wie den Engländern, die, um an der Ausfuhr ihres Erzeugnisses einen Thaler zu gewinnen, nachher genötigt waren, dasselbe Quantum zum doppelten Preise wiederzukaufen, so daß sie — genau genommen — das letzte Jahr überhaupt keinen Ernteertrag gehabt haben. Der Privatmann denkt allerorts nur an seinen eigenen Gewinn; aber Pflicht einer guten Regierung ist es, das Gemeinwohl mit dem Wohl des Einzelnen in Einklang zu bringen, und wenn sie sich im Widerstreit befinden, dann hat das Gemeinwohl stets den Ausschlag zu geben."

In diesem Sinne ist die deutsche Getreidepolitik seit 1929 Schritt für Schritt umgebaut worden. An Stelle der regellosen Ein- und Ausfuhr trat eine planvollere Regelung. Die Einfuhr wurde auf die Mengen bemessen, die wirklich gebraucht werden. Dabei wurde der Zoll hochgehalten, wenn wir keine Zufuhren brauchen konnten. Umgekehrt wurde das Getreide zu verbilligtem Zoll hereingelassen, wenn dies nötig war, um den Verbraucher vor einer übermäßigen Preissteigerung zu schützen. Bei der Ausfuhr wurde auf die künftige Versorgungslage Rücksicht genommen. Im ganzen betrachtet ist die Ausfuhr überhaupt auf ein Minimum beschränkt worden, da es immer vernünftiger ist, den Roggenüberschuß aus einer guten Ernte im Lande zu behalten, ihn notfalls zu verfüttern und Fleisch, Wurst und Schinken daraus herzustellen, als ihn zu Spottpreisen ans Ausland zu verschleudern. Im Inland aber griff die Regierung in den Getreidemarkt ein, und sie wirkt dadurch bei reichen Ernten und in den ersten Monaten des Erntejahres dem Preissturz entgegen. Aus den Vorräten, die die Regierung dadurch ansammelt, wurde dann wieder am Ende des Erntejahres Korn an die Mühlen abgegeben, um einem Steigen des Brotpreises entgegenzuwirken.

Daß nicht alle beteiligten Wirtschaftskreise, insbesondere Getreidehandel, Müller und Bäcker, mit dieser Regelung zufrieden waren, ist erklärlich, aber ein Blick auf die Preisgestaltung von Korn und Brot unter der alten und unter der neuen Getreidepolitik zeigt uns, wie groß die Verbesserung vom Standpunkt des Gemeinwohles bereits heute ist.

Der Brotpreis

Durchschnittlicher Brotpreis in 11 Großstädten
in Pfg. je kg
50
40
30
20
10
0
Alte Politik
Neue Politik
1925 1926 1927 1928 1929 1930 1931 1932
DLD

Goethe und das Auslandsdeutschtum

Von Dr. Valerian Tornius

Von vornherein muß gesagt werden, daß es ein Auslandsdeutschtum im heutigen Sinne zu Goethes Zeiten nicht gab. Dieser Begriff hat sich erst in den letzten fünfzig Jahren gebildet. Die Deutschen, die im 18. Jahrhundert auswanderten, verschmolzen sehr bald mit den Einwohnern des Gastlandes, wobei sie ihre nationalen Eigentümlichkeiten oft schon im Laufe einer Generation verloren. Nur dort, wo bereits seit dem Mittelalter die Deutschen als geschlossene Masse oder als herrschende Schicht saßen — wie in Siebenbürgen oder in den baltischen Provinzen —, nur dort wahrten sie ihre Kultur und blieben in Verbindung mit dem geistigen Fortschritt der Urheimat.

Dieses gilt insbesondere von dem baltischen Deutschtum, zu dem Goethe zeitlebens in Beziehungen persönlicher oder wissenschaftlicher Art gestanden hat. Die erste Berührung mit Balten fiel in seine Leipziger Studentenzeit. Zu den Mitgliedern der „angenehmen Tischgesellschaft" im Schönkopfschen Gasthaus auf dem Brühl, die in „Dichtung und Wahrheit" erwähnt wird, gehörten nämlich der Kurländer Friedrich Georg von Lieven, zwei Brüder von Olderogge aus Livland und ein Estländer namens Peter Friedrich Ryden. Der Letztere wohnte sogar bei Schönkopfs. Und dieser Umstand wie das häufige Beisammensein des schmucken Studenten mit Käthchen entfachten in Goethe jene Qualen der Eifersucht, die er sich in der „Laune des Verliebten" von der Seele schrieb. Mit einem anderen Balten, Gustav Bergmann, hatte er ein Renkontre, das zu einem Duell führte. Demnach waren es nicht gerade erfreuliche Erinnerungen, die sich an diese ersten Bekanntschaften knüpften.

In Straßburg, wo Goethe durch Herder, der eben aus Riga gekommen war, in baltisches Geistesleben wohl näher eingeführt wurde, lernte er Jakob Michael Reinhold Lenz kennen. Die beiden schlossen Freundschaft. Lenz erglühte in aufrichtiger Verehrung für seinen großen „Bruder", dem er in seinem eigenen Schaffen sich verwandt fühlte, und auch Goethe hatte für den guten Jungen viel übrig. Er lud ihn später auch nach Weimar ein, aber der schon damals unter den Vorzeichen seiner späteren Umnachtung leidende Dichter machte sich durch seine „Eseleien" in der Gesellschaft unmöglich, so daß Goethe sich gezwungen sah, ihn abzuschieben. Die Freundschaft besaß also nicht die Haltbarkeit, die Lenz von ihr erhofft und ersehnt hatte. Goethe ist in seiner Beurteilung Lenzens diesem nicht ganz gerecht geworden. Wohl erkannte er dessen bedeutende Begabung an, aber das Charakterbild, das er von ihm in den „Biographischen Einzelheiten" entwarf, erscheint doch etwas voreingenommen und vielleicht infolge einiger unliebsamen Erfahrungen mit dem „Waldbruder" — so nannte sich Lenz, als er in Weimar weilte — durch Ärger getrübt.

So nah wie Lenz ist Goethe keinem baltischen Dichter getreten, obwohl manche von ihnen seinen Weg gekreuzt haben. Wir denken vor allem an Elisa von der Recke, diese „schöne Seele", die in ihrem Denken zwar Rationalistin war, aber in ihrem Empfinden durchaus der Wertherzeit angehörte. Sie hat für Goethes Schaffen zwar nie das rechte Verständnis gefunden, doch seine Persönlichkeit stand bei ihr in hohen Ehren. Er wiederum schätzte an ihr die besondere Gabe, durch glückliche Vermittlung „Mißverständnisse aufzuheben und einen friedlichen Zustand in der Gesellschaft herzustellen". Und einer anderen baltischen Dichterin erinnern wir uns: des Wunderkindes Elisabeth Kulmann, die mit acht Jahren bereits Verse schrieb und mit sechzehn Jahren sich in elf Sprachen auszudrücken verstand. Als Goethe einige Gedichte der Vierzehnjährigen las, meinte er, „sie werde zu einem ehrenvollen Range in der Literatur gelangen, sie möge in den ihr bekannten Sprachen schreiben, in welcher sie wolle".

Jena, die von Balten mit Vorliebe besuchte Universität, wurde vielfach der Ausgangspunkt einer begeisterten Goetheschwärmerei. Hier studierte der unglückliche Casimir Ulrich Boehlendorff, der so in den Bann der Weimarer Dioskuren geriet, daß er in seinem Dichten nur noch in den Fußtapfen der beiden großen Vorbilder zu wandeln vermochte. Gleichzeitig weilte sein begabter Landsmann Karl Petersen in der Musenstadt an der Saale. Auch er fühlte sich mächtig von jenen Geistesgewaltigen beeinflußt, aber die selbständige Note seines Schaffens ging dabei nicht verloren. Petersen wurde einer der eifrigsten Pioniere Goethes in seiner baltischen Heimat, und als Garlieb Merkel in Gemeinschaft mit Kotzebue durch ihre Verunglimpfungen des Dichterfürsten von sich reden zu machen begannen, trat er in einer satirischen Burleske „Die Prinzessin mit dem Schweinerüssel" für den Geschmähten ein und entlud seinen Zorn auf das Haupt des boshaften Gegners. Man sieht, daß Goethe im Baltikum auch seine Feinde hatte. Der Rationalist Garlieb Merkel war einer seiner heftigsten und gefährlichsten; denn er besaß außer einer bösen Zunge einen scharfen Verstand. Seine An-

griffe haben den Olympier nicht wenig verdrossen. Das beweisen seine spöttischen Antworten „Kläffer“, „Triumvirat“ und die Invektive „Der neue Alkinous“.

Vielfältiger als in der Dichtung spinnen sich die Fäden von Weimar nach dem baltischen Osten auf den Gebieten der bildenden Kunst und der Wissenschaft. Hier fanden die Musenjünger ein größeres Entgegenkommen bei Goethe, der sich gegen die heranwachsende Dichtergeneration zumeist etwas reserviert verhielt. Der junge, von der Theologie zur Malerei abschwenkende Livländer Karl Graß wurde im Hause am Frauenplan gleich freundlich empfangen, als er italienische Zeichnungen vorlegte. In näheren persönlichen Kontakt trat Goethe dann zu Gerhard von Kügelgen, der ja bekanntlich ihn zweimal porträtierte. Ebenso wäre der ehemalige russische Offizier und spätere Maler Gerhard Wilhelm von Reutern zu erwähnen, auf dessen Kunst die Gespräche mit Goethe einen tiefen Einfluß ausübten. Was Otto Magnus von Stackelberg, der Archäolog und Künstler, der Begegnung mit dem Olympier verdankte, ist aus seinen Aufzeichnungen zur Genüge bekannt. Doch auch letzterer zog aus dem Umgang mit diesem „vorzüglichen Manne“, der sich um die Ausgrabungen des Apollotempels zu Baßä verdient gemacht hatte, manche Anregung und Belehrung. Von Naturforschern schätzte Goethe den Mineralogen Moritz von Engelhardt in Dorpat, dessen Auffassung von der sich langsam vollziehenden Evolution in dem Naturgeschehen mit der seinigen übereinstimmte. In dem Gedanken, daß die Naturforschung aus der „zerstückelten“ Betrachtung der Erfassung von Zusammenhängen zustreben soll, berührte er sich wiederum mit einem anderen baltischen Gelehrten: Karl Ernst von Baer. Schließlich darf der in Riga gebürtige Anatom Justus Christian Loder, der fünfundzwanzig Jahre in Jena eine Professur bekleidete und während dieser Zeit einen regen Gedankenaustausch mit Goethe pflegte, nicht vergessen werden.

Dieses sind nur einige besonders hervorstechende Namen baltischer Künstler und Gelehrter, die in Verbindung mit dem Dichterfürsten standen. Man könnte ihre Zahl noch bedeutend vermehren. Nach der Begründung der Universität Dorpat ergaben sich fruchtbare Wechselbeziehungen zwischen dem Heimatland und dem Osten, teils dadurch, daß reichsdeutsche Gelehrte dorthin berufen wurden, teils dadurch, daß viele der dort tätigen Balten in Deutschland, meist in Jena, ihren Studien obgelegen hatten. Mancher der mit Goethe befreundet oder bekannt gewesenen jungen Dichter und Wissenschaftler — es sei nur erinnert an seinen Jugendfreund Friedrich Maximilian Klinger — fand im Baltikum eine zweite Heimat. Dazu gesellen sich nun noch die kurländischen und livländischen Aristokraten, die auf ihren Auslands- oder Badereisen Goethe in Karlsbad begegneten oder ihm in Weimar ihre Aufwartung machten, um von ihm sei es einen Stammbuchvers oder ein anderes Angebinde heimzubringen oder in ihren Altererinnerungen des Zusammentreffens mit dem Einzigen zu gedenken. Noch jetzt blüht im Garten einer Villa in Fellin alljährlich ein Jasminstrauch, der von einem Zweig stammt, den der sechzigjährige Dichter einst der Generalin Dorothea von Berg in Weimar dedizierte. Dieser blühende Strauch mag als ein unvergängliches Symbol gelten für das innige Verwachsensein baltischer Kultur mit dem Geistesgut Goethes, das selbst trotz der nunmehr gänzlich veränderten Verhältnisse Lettlands und Estlands daselbst dankbare Verehrung und treue Pflege findet.

Politische Chronik

Vom 13. bis 26. Januar

Weiter Stillhaltung:

Zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldnerausschusses wird ein Kreditabkommen geschlossen, das die Verlängerung der kurzfristigen ausländischen Kredite an Deutschland für ein Jahr vorsieht. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Stillhalteabkommens wird ein Bericht des Stillhalteausschusses der ausländischen Gläubiger der Öffentlichkeit übergeben, in dem der gute Wille und die Wiederaufbaukraft Deutschlands anerkannt wird und als störende Elemente dieses Aufbaues wie im Baseler Sachverständigenbericht die Kriegstribute, die hohen Zollmauern und das mangelnde Vertrauen genannt werden. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß unter solchen Umständen die Völker miteinander verarmen, während sie miteinander reich werden sollten (23. Januar).

Ausland:

England sagt die Lausanner Konferenz ab, nachdem es nicht gelungen war, rechtzeitig zu einer Einigung unter den beteiligten Regierungen zu gelangen (20. Januar). — Reichskanzler Dr. Brüning lehnt die einjährige Verlängerung des Hoover-Feierjahres mit der Begründung ab, daß bis zum Ende des Feierjahres noch genügend Zeit vorhanden sei, um eine echte Endlösung herbeizuführen (19. Januar). — Ministerpräsident Laval erklärt in der französischen Kammer den Young-Plan für definitiv und erhält in der Abstimmung eine Mehrheit von 51 Stimmen für sein zweites Kabinett, dem Briand nicht mehr angehört (22. Januar). — Zwischen England und Frankreich werden Verhandlungen eingeleitet, die zu einer Einigung in der Reparationsfrage führen sollen (25. Januar). — In Genf wird die 66. Ratstagung eröffnet, zum Vorsitzenden wird der französische Delegierte Paul Boncour gewählt; Deutschland wird auf der Ratstagung vertreten durch Freiherrn von Weizsäcker (25. Januar). — Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, überreicht dem Völkerbundsrat sein Rücktrittsgesuch (25. Januar). — In der mittelamerikanischen Republik El Salvador kommt es zu ernsten kommunistischen Unruhen. — In Spanien dauernd die schweren kommunistischen Unruhen fort; der Jesuitenorden wird aufgelöst (23. Januar). — In England wird eine Regierungskrise vermieden; Minister, die von der Ansicht der Mehrheit ihrer Kollegen abweichen, dürfen künftighin diese Ansicht im Parlament frei vertreten (22. Januar). — Zwischen Rußland und Finnland wird ein Nichtangriffspakt unterzeichnet (22. Januar); Rußland und Polen paraphieren einen Nichtangriffsvertrag (25. Januar). — In Belgrad wird das Parlament durch eine Thronrede des Königs eröffnet (20. Januar). — Mussolini richtet eine Kundgebung an Amerika, in der er den Vorschlag macht, England und Amerika sollten auf die ihnen zustehenden Schuldenzahlungen verzichten (14. Januar). — Bulgarien erklärt einen Zahlungsaufschub für seine Staatsschulden (13. Januar).

Reich:

Auf die Denkschrift des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler über die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten antwortet Reichskanzler Dr. Brüning in einem ausführlichen Schreiben, in dem er die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament widerlegt und zu den politischen Gesichtspunkten der Hitlerschen Denkschrift bemerkt, daß nicht das System, sondern Versailles Schuld habe an der deutschen Not (23. Januar). — In einem Interview mit einem französischen Journalisten widerlegt Reichsminister Groener die französischen Behauptungen von deutschen Geheimrüstungen und führt das Anwachsen der radikalen Parteien in Deutschland auf die Politik derjenigen Staaten zurück, die Deutschland als eine Nation zweiter Klasse behandeln wollen (25. Januar). — Wegen politischen Unruhen wird die Berliner Universität zeitweilig geschlossen (22. Januar). — Reichsminister a. D. Dr. Geßler bittet die deutsche Öffentlichkeit, die Hilfsarbeit für das Auslandsdeutschtum trotz inlandsdeutscher Not fortzusetzen. — Die Zahl der Erwerbslosen ist in der ersten Januarhälfte um fast 300 000 auf 5 966 000 gestiegen. — Der Butterzoll wird durch Zollnotverordnung neu geregelt (18. Januar). — Der deutsche Ausfuhrüberschuß im Jahre 1931 beträgt 2½ Milliarden RM., einschließlich Reparationssachlieferungen fast 3 Milliarden RM. — Zum Reichsgründungstag richtet Reichsminister Groener durch Rundfunk die ernste Mahnung an das deutsche Volk, alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und einig zu sein (18. Januar). — Durch Notverordnung wird das Abzeichenverbot wieder aufgehoben (18. Januar). — Die deutsche Abrüstungsdelegation wird von Reichskanzler Dr. Brüning, Reichswehrminister Dr. Groener und Botschafter Nadolny geführt werden. — Zur Abrüstungskonferenz wird von einem überparteilichen Ausschuß ein Aufruf erlassen, der alle deutschen Männer und Frauen zur Unterschriftleistung auffordert. — Über die Aufgaben und Pflichten des Reichswehrsoldaten werden grundsätzliche Leitgedanken der Heeresleitung veröffentlicht (15. Januar).

Zur Zeitgeschichte

Die Reparationsfronten

Gegen Ende Januar ergibt die Diskussion über die Reparationsfrage die folgende Einstellung der hauptbeteiligten Länder:

England setzt seine vermittelnde Aktion fort und ist bemüht, den durch das Nichtzustandekommen der Konferenz von Lausanne zum ursprünglichen Datum vom 25. Januar eingetretenen toten Punkt der Reparationsdebatte zunächst durch Herbeiführung einer Aussprache zwischen MacDonald und Laval zu überwinden. Der französische Ministerpräsident scheint seine Zustimmung zu einer solchen Zusammenkunft von der vorherigen Vereinbarung einer gewissen englisch-französischen Einheitsfront abhängig zu machen. Die Grundeinstellung Englands geht im übrigen nach wie vor dahin, daß man zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage, und zwar am besten im Sinne einer völligen Schuldenstreichung, kommen müsse. Der Vorschlag einer einjährigen Verlängerung des Hoover-Feierjahres über den 1. Juli hinaus mußte von Deutschland abgelehnt werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß in der englischen Presse wieder Kompromißvorschläge auftauchen des Inhalts, daß Deutschland für mehrere Jahre von allen Zahlungen befreit werde, um dann eine endgültige Abschlußzahlung von einigen hundert Millionen Reichsmark jährlich zu leisten, die nach englischer Meinung im Rahmen der zukünftigen deutschen Zahlungsfähigkeit liegen. Die von Frankreich befürwortete europäische Schuldnerfront gegen Amerika stößt in der öffentlichen Meinung auf bemerkenswerten Widerspruch, während andererseits das französische Argument, ein von Reparationen völlig befreites Deutschland bilde eine furchtbare wirtschaftliche Gefahr, in nationalistischen Zeitungen ebenfalls Eingang gefunden hat.

In Frankreich haben die Kammerdebatten vom 19. bis 22. Januar sowohl in den verschiedenen Erklärungen Lavals wie in den Reden der Abgeordneten erkennen lassen, daß man in Paris auf dem formaljuristischen Standpunkt verharrt, wonach einmal geschlossene Verträge dem Buchstaben nach durchgeführt werden müssen. Frankreich ist nur bereit, ein verhältnismäßig kurzes Moratorium zu gewähren, im übrigen aber die Reparationen nur in dem Ausmaße herabzusetzen, als die Vereinigten Staaten einen Schuldennachlaß gewähren, und den Youngplan weiterhin in Kraft zu halten. Die parlamentarische Reparationsdebatte hat eine sehr beachtliche Schwenkung des französischen Standpunktes insofern gebracht, als Laval die Berechtigung der Reparationsforderung nicht mehr mit dem Recht auf Ersatz der Wiederaufbaukosten begründete, sondern damit, daß Frankreich gegenüber den kommenden Generationen die Pflicht habe, „alle Abkommen von einem gerechten Ausgleich der Produktions- und Existenzbedingungen abhängig zu machen". Die Reparationen sollen dennach ein dauerndes Hemmnis für eine unerwünschte Wirtschaftsentfaltung Deutschlands sein; das bedeutet aber keine „Reparationspolitik" mehr, sondern Tributpolitik in dem Sinne des Wortes, gegen dessen Verwendung in Deutschland man in Frankreich stets Einwendungen gemacht hat. Die Haltung Deutschlands wird vorwiegend als „Zerreißung" des Youngplans ausgelegt, dementsprechend finden sich in der Presse Erörterungen über gegebenenfalls zu ergreifende „Sanktionen".

Italien tritt unter Führung Mussolinis nach wie vor für eine radikale Streichung aller politischen Schulden ein. Europa muß sich zuerst selbst helfen, bevor es von Amerika eine Erleichterung der Schuldenlast fordern kann.

Belgien folgt dem französischen Vorbild, wenngleich man sich in den Kreisen der Wirtschaft nicht verhehlt, daß gerade für ein Durchfuhrland wie Belgien (Antwerpen) eine Behebung der allgemeinen Weltkrise von besonders großer Bedeutung wäre.

Die Vereinigten Staaten halten sich in letzter Zeit in der Schuldendiskussion stark zurück, lassen aber keinen Zweifel daran, daß die Regierung sich an die Kongreßbeschlüsse gebunden fühlt, keine weitere Initiative ergreifen wird und abwartet, wie Europa selbst mit dem Schulden- und Rüstungsproblem fertig wird.

Der deutsche Standpunkt ist unverändert der im Reichskanzlerinterview vom 9. Januar dargelegte. Getreu dem vom französischen Ministerpräsidenten Laval in der Kammerrede vom 22. Januar aufgestellten Grundsatz, daß die Regeln der Ehrbarkeit, die im Privatleben Geltung hätten, auch in den internationalen Beziehungen der Völker maßgebend sein müßten, muß Deutschland Zahlungsverpflichtungen ablehnen, deren wirtschaftliche Undurchführbarkeit und Schädlichkeit für die ganze Welt nur zu offen zutage liegen. Aus diesem Grunde mußte auch der englische Vorschlag einer provisorischen Verlängerung des Hoovenjahres abgelehnt werden, weil damit eine Verpflichtung zur Nachzahlung gestundeter Summen ab 1. Juli 1933 verbunden ist, die Deutschland anerkanntermaßen nicht leisten kann. Gegenüber dem französischen Standpunkt kann nur immer wieder erklärt werden, daß es weder im Privatleben noch im Leben der Staaten als „Recht" gilt oder von hoher Moral zeugt, wenn auf faktisch undurchführbar gewordenen Verträgen bestanden wird. Nach wie vor muß die große Dringlichkeit einer Lösung dieser Weltfrage betont werden, die auch ohne Verlängerung des Hoovenjahres möglich ist, da bis zu dessen Ablauf noch fünf Monate zu Verhandlungen zur Verfügung stehen. wgn.

Der Berliner Wiggin-Bericht

Zur Verlängerung des Stillhalteabkommens.

I.

Zu den bereits bekannten Sachverständigengutachten über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands vom August (Baseler Wiggin-Bericht) und Dezember 1931 (Baseler Bericht des Beratenden Sonderausschusses) ist nunmehr ein drittes Gutachten, der am 23. Januar veröffentlichte Bericht der Stillhaltegläubiger, hinzugetreten. Gelegentlich des Abschlusses der ebenso langwierigen wie schwierigen Verhandlungen über eine weitere, abgeänderte Verlängerung der Stillhaltung kurzfristiger Auslandskredite auf ein Jahr haben die in Berlin versammelten ausländischen Bankiers von sich aus einen Bericht über Deutschland veröffentlicht, der nicht verfehlen wird, im In- und Ausland größten Eindruck zu machen. Das ziemlich umfangreiche Gutachten redet eine überaus einfache, klare und deutliche Sprache und steht damit dem Wiggin-Bericht vom August v. J. näher als dem Baseler Dezember-Bericht. Es mag hier genügen, auf einige dem deutschen Interesse besonders wichtige Feststellungen hinzuweisen, die geeignet sind, mit einer teilweise perfiden Verdrehung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuräumen. Man kann diese bedeutungsvollen Darlegungen in folgenden Punkten knapp zusammenfassen:

1. Die Lösung der internationalen Krise ist ausschließlich Sache der verantwortlichen Regierungen.
2. Sie muß schleunigst und wirksam erfolgen.
3. Die Schwierigkeiten in Deutschland rühren nicht nur aus der allgemeinen Weltwirtschaftskrise her, sondern sind ebensosehr das Ergebnis des fortdauernden und außergewöhnlichen Druckes von außen.
4. Die deutsche Besteuerung hat eine Höhe erreicht, die nicht mehr überschritten werden kann.
5. Die Deutschland geliehenen Gelder sind in ihrer Gesamtheit zweckmäßig verwandt worden. (Also nicht „verschwendet".)
6. Deutschland kann das Ausland nur bezahlen, wenn es durch ausreichende Warenausfuhr den erforderlichen Ausfuhrüberschuß zu erzielen vermag.
7. Es ist unerläßlich, daß die internationale Handelspolitik die notwendige Ausfuhr ermöglicht.
8. Das allerwichtigste ist, durch Lösung der politischen Schuldenfrage die Grundlage des deutschen Kredites wieder herzustellen.

Der Vorsitzende der Berliner Stillhalteverhandlungen, der Präsident der amerikanischen Chase National Bank, Albert H. Wiggin, hat dann noch persönlich seine große Anerkennung für das Verhalten der deutschen Schuldnervertreter ausgesprochen, die keinerlei Zugeständnisse gemacht hätten, die sie nicht auch erfüllen zu können glaubten; sie hätten vor Unterzeichnung des neuen Abkommens jeden einzelnen Punkt äußerst sorgfältig geprüft. Die Vertreter der ausländischen Bankgläubiger hätten die Besprechungen mit großer Achtung vor den deutschen Wirtschaftsführern verlassen. wgn.

II.

Über einen einjährigen Vertrag, beginnend am 29. Februar 1932, haben sieben Juristen, viele Gläubiger der Vereinigten Staaten von Amerika, von Belgien, der Tschechoslowakei und Dänemark, von England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden und der Schweiz und die deutschen Schuldner seit dem 12. Dezember 1931 verhandelt. Fünfmal waren umfangreiche Vertragsentwürfe fertig und wurden verworfen. Der Vertrag ist am 23. Januar 1932 in langer Nachtsitzung, die von 10 Uhr abends bis 8 Uhr früh dauerte und dann noch den Sonnabend bis zum Nachmittag in Anspruch nahm, abgeschlossen worden.

Schon aus diesen äußerlichen Umständen wird der Leser schließen können, daß es sich bei den Stillhalteverhandlungen um ein international, finanziell und juristisch kompliziertes Problem gehandelt hat, das zugleich die Währungspolitik Deutschlands und die Grundlage unserer geschäftlichen Beziehungen zu den wichtigsten Ländern unseres Außenhandels betrifft.

Das sechzig Seiten umfassende Dokument des **deutschen Kreditabkommens 1932** ist ein schwer verständlich geschriebenes Lehrbuch über die juristischen Beziehungen, die sich aus den internationalen Kreditverhältnissen infolge der allgemeinen Vertrauenskrise ergeben haben. Für uns kommt es mehr auf den sachlichen Tatbestand an.

Um was handelt es sich eigentlich?

Wenn irgend jemand von seinem Einkommen sich 100 RM. zurücklegen will, bringt er sie auf die Sparkasse, er gibt diesem öffentlichen Institut einen kurzfristigen Kredit, denn vereinbarungsgemäß kann er die 100 RM. an jedem beliebigen Tage, da es ihm notwendig erscheint, sich wieder holen. Wird ihm eine günstigere Verzinsung für den Fall angeboten, daß er das Geld auf vier Wochen oder auf ein Vierteljahr festmacht, so nennt man das im Geschäftsleben immer noch einen kurzfristigen Kredit. Erst dann, wenn der Einleger jener 100 RM. das Geld auf ein Jahr oder auf mehrere Jahre festlegt, wenn er neben dem Zinssatz etwa Rückzahlungsraten vereinbart, hat er einen langfristigen Kredit gegeben. Nimmt er für seine 100 RM. als Gegenwert etwa einen Pfandbrief oder einen industriellen Hypothekenanteil (Obligation), dann sind sie in eine fundierte Schuld umgewandelt.

Auch dann, wenn die Sparkasse mit dem Hergeber der 100 RM. keinerlei Abmachungen getroffen hat und damit rechnen muß, daß er jeden Tag wiederkommen kann, um das Geld abzuheben, wird die Sparkasse jenes Geld nicht aufstapeln. Sie verborgt es weiter. Nach den ihr obliegenden Aufgaben wandern die Einlagen zum Baumarkt, zu den Kommunen usw. Dorthin wird das Geld langfristig und festverzinslich verborgt.

An dem Tage, da in einer Sparkasse sämtliche Einleger ihr Geld wiederhaben wollen, können sie es nur bekommen, wenn diese Sparkasse die sämtlichen von ihr finanzierten Anlagen (z. B. mit Hypotheken beliehene Häuser) sofort verkaufen oder verpfänden kann. Ist das nicht möglich, muß diese Sparkasse schließen, denn sie ist ja kein Geldschrank, in dem eingelegtes Geld aufgehoben wird, sondern ein Institut, das Geld sammelt und zum Arbeiten weitergibt.

Deutschland war seit Abschluß der Inflation die „Sparkasse" der Welt. Das flüssige Geld aus aller Herren Länder wurde nach Deutschland gebracht, weil es hier die höchsten Zinsen gab. Während in anderen Ländern der offizielle Zinssatz (Diskont) zwischen 2 und 4 v. H. schwankte und die Banken für Einlagen kaum 1 v. H. Zinsen zahlten, stand in Deutschland der Reichsbankdiskont zeitweise noch einmal so hoch als in anderen Ländern, und der Privatdiskont (Zinssatz der Banken) war noch höher.

Die Empfänger der „Sparkasseneinlagen" aus aller Welt, zuerst die deutschen Banken, dann aber auch die deutsche Industrie, der Handel und Kommunen, legten das ihnen geliehene Geld an. Mit anderen Worten: das z. B. von einem englischen Sparer auf seine englische Bank gebrachte Geld wurde von dieser Bank auf einer deutschen Bank angelegt, und diese gab es, sagen wir, einem Konzern zum Aufkauf einer Konkurrenzgesellschaft oder einer Grubengewerkschaft zur Abteufung eines neuen Schachtes und zum Bau einer Kalkstickstoffabrik.

Von Österreich her ausbrechend ist im vergangenen Jahre über die ganze Welt eine Vertrauenskrise gekommen. Jeder wollte seine Ersparnisse wieder im eigenen Hause haben. In der ganzen Welt liefen Millionen Menschen zu ihren Sparkassen und Banken. Eine allgemeine Kündigungswelle für verliehenes Geld wanderte im besonderen über Deutschland. Nach dem Bericht des Baseler Ausschusses vom Dezember 1931 sind im vergangenen Jahre neben 1,5 Milliarden Goldmark an Zinsen und normalen Abzahlungsraten für uns geliehenes Geld noch und 4,9 Milliarden Goldmark uns geliehen gewesenes Geld abgezogen worden. Hätte die „Sparkasse" Deutschland das gesamte ihm in den jüngst vergangenen Jahren geliehene Geld auszahlen sollen, so wäre der Bankrott dagewesen. Deswegen wurde Mitte vorigen Jahres in Eile vorerst einmal für ein halbes Jahr mit den ausländischen Geldeinlegern vereinbart, daß zwar ihr Anspruch auf das geliehene Geld selbstverständlich fortbestehen und nicht bestritten werde, daß sie aber mit der Rückzahlung warten müßten, und daß dieser Rückfluß nur ganz allmählich vor sich gehen könne. Diese erste „Stillhaltung" hat sehr günstig gewirkt, war aber zu kurzfristig, und zum anderen waren die Gläubiger so ängstlich, daß sie doch fortgesetzt erhebliche ratenweise Rückzahlungen auf ihre Forderungen verlangten und durchsetzten.

Das neue Stillhalteabkommen ändert selbstverständlich ebensowenig etwas an der privatwirtschaftlichen Schuldverflechtung wie das erste Abkommen. Seine Bedeutung liegt darin, daß jetzt für ein ganzes Jahr kollektiv „stillgehalten" wird und daß die nach dem neuen Abkommen fällig werdenden Rückzahlungsbeträge nicht beliebig aus Deutschland abgezogen werden können. Ihnen ist in gewissem Umfang die Möglichkeit und der Zwang auferlegt worden, vorläufig erst einmal in Deutschland zu bleiben. Diese durch Rückzahlung frei werdenden, ehemals kurzfristig nach Deutschland geliehenen Gelder sollen erst einmal für fünf Jahre in deutschen Hypotheken, Obligationen usw. angelegt werden. Darüber hinaus ist bis zu einem Betrage von 200 Millionen RM. sogar ihre Umwandlung in eine zehnjährige, gewissermaßen fundierte Schuld versucht worden.

Bei diesem neuen deutschen Kreditabkommen handelt es sich um rund 6 Milliarden RM.

Das Bedeutsame und Entscheidende des Abkommens ist, daß für diesen riesenhaften Betrag die Gläubiger sich der „Sparkasse" Deutschland gegenüber verpflichtet haben, dieses Geld nach den Grundsätzen der neuen Vereinbarung im wesentlichen doch „stehen" zu lassen. Dieser Abschluß enthält nichts, was uns als Schuldner irgendwelche privatwirtschaftlich nach Deutschland gelegten Gelder schenkt, aber er schafft ein neues Vertragsverhältnis und damit eine entscheidende Beruhigung. Das deutsche Kreditabkommen von 1932 ist ein erstes günstiges Zeichen für die mögliche wirtschaftliche Entwicklung des laufenden Jahres. Unheil kann von der Seite der ehemals kurzfristig hergeliehenen Kredite nicht mehr kommen, dafür ist's aber in der inneren Politik Deutschlands und auch in der Reparationsfrage noch möglich.

hg.

Der Butterzoll

Seit Jahren liegt die Frage des Butterzolls im Kampffeld widerstreitender Interessen. Die ganze deutsche bäuerliche Wirtschaft drängte auf Erhöhung des Zolles, weil sie davon eine Verminderung der Einfuhr und des Preisdruckes erhoffte, der sich daraus ergab. Industrie und Handel fürchteten von der Aufhebung der handelspolitischen Bindungen des Zolles, die notwendig waren, um dem Drängen der Landwirtschaft stattzugeben, eine Gefährdung ihrer Ausfuhrinteressen. Die Verbraucher standen auf seiten der gewerblichen Wirtschaft. Ihr Vorteil lag in möglichst billigen Preisen.

Bei den deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen kamen diese Gegensätze zum Austrag, weil in den Verträgen vom 29. Juni 1926 und 25. November 1929 der Butterzoll für diesen Lieferstaat ermäßigt war. Nach langwierigen Verhandlungen kam im August 1930 ein Abkommen zustande, durch das Finnland für Butter ein Zollkontingent von 5000 t jährlich eingeräumt wurde. Für dieses Kontingent wurde der autonome Zoll von 50 RM. für den Doppelzentner gebunden. Erhöhungen dieses gegenüber allen Staaten geltenden autonomen Zolles sollten also in diesem Ausmaße für Finnland ausgeschlossen sein.

Die Verhältnisse in den bäuerlichen Wirtschaften Deutschlands, in denen nahezu 90 v. H. der gesamten deutschen Milch erzeugt wird, spitzten sich immer weiter zu. Durch die fortgesetzte Abwärtsbewegung der Preise für Vieh, Viehprodukte, Fleisch und Holz kam eine erhebliche Zahl der Betriebe in immer größere Bedrängnis. Die Zwangsmaßnahmen gegen sie häuften sich. Ihre Kaufkraft erlahmte.

Da kam bei ständig steigender Welterzeugung der Zusammenbruch der Butterpreise auf den Weltmärkten, der durch das Absinken der Währungen in den Erzeugerländern für Deutschland verheerende Formen annahm. Die Butter aus Dänemark, Holland und den Randstaaten drängte mit elementarer Gewalt und nahezu zu jedem Preise auf den deutschen Markt und entwertete dort die eigene Produktion. Die Berliner Butternotierung ging im Januar d. J. auf 97 RM. für den Zentner zurück, während sie vor dem Kriege 131 RM. betragen hatte.

Damit drohten die gesamte Milchwirtschaft und das Molkereiwesen zu erliegen, das in den letzten Jahren mit vielen Mühen und Kosten aufgebaut worden war. Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe gerieten in die Gefahr, bei dieser Entwicklung zusammenzubrechen. Denn wenn sich die Kosten der Milcherzeugung noch auf etwa 120 v. H. des Friedensstandes bewegen, während der Erlös nur etwa 74 v. H. des Friedensstandes beträgt, läßt sich die Wirtschaft nur noch beschränkte Zeit weiterführen.

Bei dieser Sachlage mußte die Regierung eingreifen. Sie konnte damit rechnen, daß nunmehr auch die Gegner der Butterzollerhöhung in Deutschland für die bedrohliche Lage Verständnis haben würden und hat sich darin im allgemeinen nicht getäuscht.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 wurde die Regierung allgemein ermächtigt, in Fällen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses bei der Einfuhr aus Ländern mit unterwertiger Valuta für einzelne Waren und Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben. Sie erhielt auch das Recht, gegenüber Ländern erhöhte Zollsätze zu bestimmen, mit denen Deutschland in keinem handelsvertraglichen Verhältnis steht.

Auf Grund ihrer Ermächtigungen hat die Regierung mit Wirkung vom 23. Januar den autonomen, also grundsätzlich für alle Länder geltenden Butterzollsatz von 50 RM. auf 100 RM. erhöht. Sie hat außerdem Ausgleichszuschläge in Höhe von 15 v. H. des Wertes der Butter festgesetzt für Lieferungen aus Argentinien, Dänemark, Finnland, Neuseeland, Norwegen und Schweden.

Dadurch erhöht sich der Zollsatz für das finnische Kontingent, das bis zu 5000 t jährlich jedem meistbegünstigten Staate zugute kommt, für diese Länder von 50 RM. auf 85 RM. Der autonome

Zoll beträgt für diese Länder 136 RM. je Doppelzentner. Der Zoll für Länder, mit denen Deutschland nicht in einem Handelsvertragsverhältnis steht, wurde auf 170 RM. festgesetzt.

Leider sieht das Ausland nach den Mitteilungen, die bisher vorliegen, in diesen Maßnahmen nicht so sehr den harten Zwang zur Rettung von Millionen bäuerlicher Betriebe, wie eine gewisse Willkür und Unfreundlichkeit. Drohungen mit Gegenmaßnahmen liegen vor, die ernste Wirkungen auf die deutsche Ausfuhr befürchten lassen.

Die deutsche Regierung hat nur ihre Pflicht getan. Keine ausländische hätte in ihrer Lage anders handeln können. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Erkenntnis draußen trotz aller Mißstimmung durchringt.

Jedenfalls zeigt aber der Butterzoll, wie im Inland die Interessen, die unmittelbar gegeneinander laufen, mittelbar ineinander übergehen. Industrie und Handel haben von einer Besserung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung Nutzen, weil sich dann ihr Absatz hebt. Rückgang der Ausfuhr dagegen würde auch auf den Verbrauch bäuerlicher Erzeugnisse und unter diesen besonders der Butter bedenkliche Folgen haben. So ist die Butterzollfrage und ihre Lösung Teil und Beispiel der Notgemeinschaft aller Deutschen.
O. F.

Amerika, Rußland und der japanisch-chinesische Konflikt.

Die letzten Tage haben eine außerordentliche Verschärfung des japanisch-chinesischen Konflikts gebracht. Die Veranlassung hierzu hat das japanische Vorgehen gegen den Hauptpunkt der Ostchinesischen Eisenbahn, die Stadt Charbin, im Norden, und die japanische Besetzung des wichtigsten chinesischen Hafens im Süden, Shanghai, gegeben. Das Vorgehen gegen Charbin trifft Rußland, die Besetzung von Shanghai aber vor allen Dingen Amerika.

Amerika hat bisher bis auf einige Noten an Japan und die Teilnahme an den Beratungen des Völkerbundsrates im Oktober und Dezember dem japanisch-chinesischen Konflikt gegenüber eine auffallende Zurückhaltung geübt, solange sich dieser allein auf die Mandschurei und das engere Interessengebiet Japans in dieser beschränkte, andererseits nie einen Zweifel darüber gelassen, einer Ausdehnung des Konflikts auf das übrige China gegenüber nicht ruhig bleiben zu können. Es hat dementsprechend bereits in Tokio Einspruch erhoben, als Japan sich anschickte, nach den mandschurischen Eisenbahnen auch die Peking-Mukdener Eisenbahn und den chinesischen Hafen an dieser, Shan Hai-Kwan, in die Hand zu nehmen. Die amerikanische Politik kennt seit der russischen Niederlage im Russisch-japanischen Kriege nur das eine Ziel, keine Änderung der territorialen Verhältnisse in China und gleiche Handelsmöglichkeiten und Rechte in diesem für jedermann. Diesem Ziel diente die amerikanische Vermittlung beim Friedensschluß von Portsmouth, der im Jahre 1905 den Russisch-japanischen Krieg beendete. Ihm dienten vor allen Dingen aber auch das bekannte Root-Takahira-Abkommen vom 30. November 1908 sowie der Washingtoner Neunmächtevertrag vom Jahre 1922. Beide Abkommen erstrebten die Sicherung der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Chinas und eines freien und friedlichen Handels in Ostasien und im Stillen Ozean. Sie haben die Grundlage gebildet für die amerikanische Haltung in der Frage der Rückgabe Tsingtaus und der Schantung-Bahn an China sowie für die gesamte Politik, die Amerika bisher den inneren Kämpfen in China gegenüber verfolgt hat.

Das japanische Vorgehen gegen Shanghai verstößt gegen diese Verträge, gleichgültig, welchen Zwecken es dient. Es bedroht den amerikanischen Chinahandel, dessen Haupttor Shanghai bildet, und schafft damit eine Lage in China, der Amerika bei der ausschlaggebenden Rolle, die China in seinem Handel spielt, nicht mehr ruhig zusehen kann. Mit ihm ist der japanisch-chinesische Konflikt in ein neues Stadium seiner Entwicklung getreten, deren Folgen für den Weltfrieden ganz unabsehbar sein können. Japan hat eine schwere Verantwortung auf seine Schultern geladen.
Re.

Indien

Die politische Entwicklung in Indien ist andere Wege gegangen, als es nach dem Waffenstillstande zwischen dem damaligen englischen Vizekönig Lord Irwin und Gandhi im März 1931, dann aber nach der Teilnahme Gandhis und anderer bedeutender indischer Nationalisten an der zweiten „Round-table-Conference" in London zu erwarten und zu erhoffen war. Die Konferenz ist nach monatelangen Verhandlungen im Dezember zu Ende gegangen, ohne zu einem positiven Ergebnis geführt zu haben. Sie ist gescheitert zunächst einmal an der indischen Forderung auf eine wirkliche Selbständigkeit Indiens und dem Bestreben der englischen Politik, England die Kontrolle über die indische Armee, die äußere Politik und die Finanzen zu erhalten. Dazu aber kamen als weitere Gründe der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern, dann aber vor allen Dingen die äußeren und inneren Schwierigkeiten, mit denen das englische Weltreich, während in London die Konferenz tagte, in zunehmendem Maße zu kämpfen hatte. Der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern hat die letzteren aus Besorgnis um die Sicherheit ihrer Stellung und Rechte in einem von den Hindus beherrschten Indien gegen ein solches Stellung nehmen und für einen unter englischer Oberaufsicht stehenden indischen Bundesstaat eintreten lassen. Er hat damit die Stellung Indiens auf der Konferenz geschwächt. Das gleiche aber haben auch die äußeren und inneren Schwierigkeiten des englischen Weltreiches in bezug auf die Stellung Englands getan. Sie haben zunächst einmal die Haltung der indischen Delegierten, dann aber nicht weniger auch die politische Entwicklung in Indien selbst in starkem Maße beeinflußt. Man glaubte hier, die Schwierigkeiten des englischen Weltreiches sich nutzbar machen zu können — und hat sich hierin getäuscht. Ebenso getäuscht aber haben sich die Engländer, wenn sie meinten, aus dem Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern für sich Vorteil ziehen zu können. Die Mohammedaner sind im Grunde genommen genau so eifrige Nationalisten wie die Hindus. Was sie verlangen, sind lediglich garantierte Minderheitenrechte in der Zentrallegislatur, rein mohammedanische Wahlkreise und ausschlaggebende Befugnisse in den Provinzen, in denen sie die Mehrheit bilden, z. B. an der Nordwestgrenze und im Punjab. Dies alles aber lehnen die Hindus ab.

Das einzige Ergebnis der Konferenz war somit ein verstärkter Gegensatz zwischen England und den indischen Nationalisten, und im Zusammenhang damit eine zunehmende Radikalisierung der indischen Freiheitsbewegung. Diese Radikalisierung führte zu größeren Unruhen in Bengalen und den Vereinigten Provinzen, dann aber vor allen Dingen im Nordwesten von Indien, am Khaiber-Paß und in der Gegend von Peschawar. Sie blieb auch nicht ohne Einfluß auf die weitere Haltung Gandhis und der anderen gemäßigten Führer der indischen Nationalbewegung. Auch sie wurden scharf. England gegenüber erklärte Gandhi, daß das Scheitern der Konferenz den endgültigen Bruch zwischen England und Indien und die Fortsetzung seines Kampfes gegen die englische Herrschaft in Indien bedeute. Ob dieser Kampf wie bisher gewaltlos und ohne Blutvergießen verlaufen werde, dies zu entscheiden, liege nicht mehr in seiner Macht. Den Mohammedanern gegenüber aber sagte er, daß es für ihn, falls es zu einer Verständigung zwischen Mohammedanern und Hindus nicht komme, nur noch eine Lösung gebe, den Bruderkrieg.

Dies war die politische Lage in Indien, als Gandhi von London zurückkehrte und fast gleichzeitig damit an Stelle des mehr anpassungsfähigen, mehr auf eine gütliche Verständigung mit Indien eingestellten Lord Irwin der frühere Generalgouverneur von Kanada, der sehr energische Lord Willingdon das Amt des Vizekönigs in Indien übernahm. Lord Willingdon scheint entschlossen zu sein, dem indischen Nationalismus diesmal das Rückgrat zu brechen und in Indien ernstlich Ordnung zu schaffen. Er hat die Unruhen in Bengalen und in der Nordwestecke Indiens mit der sofortigen Verhängung des Ausnahmezustandes über die in Frage kommenden Gebiete beantwortet und jedes Verhandeln mit den Führern der indischen Nationalbewegung nicht nur rundweg abgelehnt, sondern auch, als diese die Aufhebung der von ihm getroffenen Sondermaßnahmen verlangten und im Falle ihres weiteren Bestehenbleibens mit Gewalttaten drohten, eine ganze Anzahl von ihnen verhaften lassen. So ist auch Gandhi Anfang Januar, genau eine Woche nach seiner Rückkehr aus London, festgenommen worden. Diese Verhaftung ist die dritte, die ihm die Führerschaft der indischen Nationalbewegung bisher eingetragen hat. Wie sie sich weiter auswirken wird und ob sie insonderheit zu der von dem Präsidenten des indischen Nationalkongresses Vallabhai Patel bei seiner eigenen Verhaftung angedrohten Revolution in Indien führen wird, wird abzuwarten sein. Was sie aber zeigt, ist, daß England keineswegs bereit ist, von seiner bisherigen Stellungnahme gegenüber der indischen Verfassungsfrage abzugehen. Es kann dies auch nicht, ohne nicht seine an sich bereits durch die Ereignisse des Sommers und Herbstes beeinträchtigte Stellung noch weiter zu schwächen.

Wir Deutschen haben in den letzten Jahren gesehen, wie stark unser Außenhandel mit Indien nicht nur durch die allgemeine Krise, sondern auch durch die indischen Wirren und den indischen Boykottfeldzug beeinträchtigt wird. Gewiß bringen weite Kreise in Deutschland der indischen Freiheitsbewegung Sympathie entgegen. Aber die harten Notwendigkeiten unseres eigenen Existenzkampfes zwingen doch zu einer weniger idealistischen Betrachtung des indischen Problems. Ob eine Lostrennung Indiens von England unsere Handelsaussichten in Indien verbessern würde, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Unzweifelhaft aber ist dagegen, daß eine indische Revolution zahlreiche deutsche Betriebe und Handelsfirmen erneut schwer schädigen und weiteren Zehntausenden von deutschen Arbeitern die Existenzgrundlage entziehen würde. Deutschland kann deshalb nur wünschen, daß es in Indien ruhig bleibt. Es hat keinerlei Interesse daran, daß es in Indien zu größeren Unruhen gegen die englische Herrschaft kommt, zumal derartige Unruhen geeignet wären, die Aktions- und Bewegungsfreiheit der englischen Politik auf den bevorstehenden großen Konferenzen zu beeinträchtigen, die über Deutschlands und Europas weiteres Schicksal entscheiden sollen.
e.

Zehn Jahre Papst Pius XI.

Am 6. Februar sind zehn Jahre vergangen, seitdem Achille Ratti, Kardinal und Erzbischof von Mailand, zum Pontifex Maximus der Römisch-Katholischen Kirche gewählt worden ist. Er wurde 1857 in Desio in der Diözese Mailand geboren, 1879 zum

Copyright Keystone View Co.

Priester geweiht. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Professor der Theologie in Mailand, wurde er dort 1907 Präfekt der Ambrosianischen Bibliothek, sieben Jahre später übernahm er die Nachfolgerschaft des Jesuitenpaters Prof. Franz Ehrle, dem er schon seit 1911 als Koadjutor beigegeben worden war, als Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, ein Amt, das er vier Jahre verwaltete. 1918 ging er als Apostolischer Visitator nach Polen und wurde ein Jahr später Nuntius in Warschau. Im selben Jahr 1919 erfolgte seine Konsekration als Bischof. 1921 kehrte er als Kardinal und Erzbischof nach Mailand zurück.

Zum Papst erwählt, gab er seinen ersten päpstlichen Segen vom Außenbalkon der Peterskirche, eine Geste, die als seine Absicht verstanden wurde, die Politik der Versöhnung mit Italien weiterzuführen. Die Lösung der „Römischen Frage" gelang ihm in der Tat durch den Laterанvertrag vom 11. Februar 1929. In Verbindung damit kam im gleichen Jahre auch das Konkordat mit der italienischen Regierung zustande. Die große Bedeutung des Papstes liegt überhaupt auf dem Gebiete der Kirchenpolitik. Mit Lettland wurde schon 1922 ein Konkordat abgeschlossen, mit Bayern 1924, mit Polen 1925, mit der Tschechoslowakei und Portugal wurde 1928 ein „modus vivendi" formuliert. Im Jahre des Lateranvertrages kam auch der Vertrag mit Preußen zustande. Trotzdem gilt Papst Pius XI. nicht wie Leo XIII. und Benedikt XV. als diplomatisch-politischer Papst. Die Begründung der „Katholischen Aktion" ist vielmehr ein Zeugnis für den Versuch der Sammlung und Aktivierung des katholischen Lebens außerhalb jeder Politik auf dem rein religiösen Gebiete. In diesem Sinne sind auch seine Enzykliken geschrieben, insbesondere die über den „Frieden Christo im Reiche Christi" vom Jahre 1924. Diese weise Grundeinstellung des obersten Bischofs der katholischen Kirche hat seine Konkordatspolitik sehr erleichtert und vor allem die Lösung der römischen Frage erst möglich gemacht. Die Friedensarbeit und auch die sozialen Bemühungen seiner Vorgänger hat er im Geiste des Stifters seiner Kirche mit großer Hingabe fortgesetzt. Seine unbedingte politische Neutralität, die er auch schon als Nuntius in Polen in den harten ersten Nachkriegsjahren bewies, hat ihn nicht gehindert, für das deutsche Volk, dessen Sprache er beherrscht, und sein Ringen um nationalen Wiederaufstieg lebhafteste Anteilnahme zu bezeugen. Tpl.

Georg Kerschensteiner †

Die Wirkungen dieses Mannes, der 77jährig in seiner Heimatstadt München gestorben ist, sind dreifacher Art. Aus den unfrohen Erfahrungen seiner eigenen jungen Lehrpraxis sprengt er für sich das überkommene System der intellektuellen Wissensübertragung: nicht in einem möglichst weiten Wissensbesitz ist das Ziel der Schule erreicht, sondern ihr pädagogischer Sinn ist in den Methoden des Wissenerwerbs umschlossen. Sie sind entscheidend für die erzieherischen Aufgaben, denn durch sie werden die individuellen Kräfte des Lernenden freigemacht. Das führt zu dem Grundsatz der „Arbeitsschule"; dafür, daß dies Wort dann in ein zu enges Prokrustesbett gezwängt, in einem zu langen zerzerrt wurde, kann Kerschensteiner nichts. Die Ergebnisse, die er, seit 1895 Stadtschulrat in München, mit einem Umbau des Lehrplans erzielte, Einführung von Werkstätten usw., wiesen ihn zur genaueren Beachtung der künstlerisch schöpferischen Kräfte im jungen Menschen: die völlige Revolutionierung des Zeichenunterrichts in den letzten Jahrzehnten, die Wendung zur anschauenden, versuchenden, erfindenden Sinnenhaftigkeit ist ohne ihn nicht zu denken. Und ein drittes: er steht an der Spitze derer, die dem staatsbürgerlichen Unterricht den Raum in der Schule erkämpft, aus einem festen Menschen- und Bürgergefühl heraus, dabei leidenschaftlich darauf bedacht, daß daraus keine neue Sparte pedantischen Lernbetriebs werde. Kerschensteiner, politisch an Naumanns Seite stehend, gehörte von 1912 bis 1918 dem Reichstag an, freilich ohne in dieser Zeit dort seiner erzieherischen Sendung dienen zu können — ein Mann mit starker künstlerischer Empfindsamkeit, anregender und angeregter Beweglichkeit des Geistes, voll Humor und Tapferkeit, zugreifend und praktisch. Der Hauch einer feinen Seele ging von ihm aus. Theodor Heuß.

Betriebsratswahl 1931

Die Gewerkschaften veröffentlichen soeben Übersichten über die Betriebsrätewahlen des Jahres 1931. Die Statistik, die von den Christlichen Gewerkschaften vorgelegt wird, gibt einen Ausschnitt aus den Gesamtergebnissen, in dem 10 515 Betriebsratsmitglieder der verschiedensten Gruppen erfaßt werden. Die Statistik der Freien Gewerkschaften vermittelt dagegen ein vollständiges Bild von dem Verlauf der Wahlen im gesamten Reich; es sind hier die Resultate aus 32 000 Betrieben wiedergegeben, in denen 4,6 Millionen Personen 138 000 Arbeiterratsmitglieder wählten. Es ist interessant, die Verteilung dieser Delegierten auf die verschiedenen Gruppen kennenzulernen. Das Gros der Betriebsräte entfällt danach auf die Freien Gewerkschaften, die gegenüber dem Jahre 1930 freilich einen gewissen Rückgang zu verzeichnen hatten, aber auch heute noch 83,6 v. H. aller Gewählten gestellt haben. Die nächststärkste Gruppe ist die der Christlichen Gewerkschaften, deren Anteil sich nach dieser Statistik seit dem Vorjahre von 7,2 auf 7,9 v. H. verstärkt hat (in der vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Berechnung beträgt ihr Anteil 12,6 v. H.); auch der dritte der alten Verbände, der Hirsch-Dunckersche, hat einen kleinen Zuwachs von 1,0 auf 1,1 v. H. zu verzeichnen. Der Ansturm, den die Oppositionsgruppen der Rechts- und der Linksradikalen auf die Gewerkschaften unternahmen, hat ihnen in den Betrieben keine erheblichen Erfolge gebracht. Die kommunistische Rote Gewerkschaftsopposition konnte 3,5 v. H. aller Arbeiterratsmitglieder stellen (gegen 1,5 v. H. im Jahre 1930), die Nationalsozialisten haben unter insgesamt 138 418 Betriebsräten nur 710 oder 0,5 v. H. durchbringen können. In der Gruppe der „Sonstigen" wird die Mehrzahl der Delegierten von Angehörigen der Werksgemeinschaften, Vertretern des Deutschnationalen Arbeiterbundes und ähnlichen Gruppen gestellt; der Anteil dieser Betriebsräte beträgt zusammen mit dem aller Unorganisierten 3,5 v. H. gegen 3,4 v. H. im Vorjahre. Nach dieser Aufstellung zählen sich also nicht weniger als 92,6 v. H. aller Betriebsratsmitglieder zu den drei bekannten Gewerkschaftsverbänden. Mit Recht wird in den Blättern der Gewerkschaften festgestellt, daß trotz rechts- und linksradikaler Agitation die Masse der Arbeiter den Gewerkschaften treugeblieben ist. St.

Carl Severing

Carl Severing hat eindrucksvoll die verantwortungsvolle Zeit seines Ruhrkommissariats in dem Buch „1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel" beschrieben. Jetzt liegt über ihn selbst eine kleine und gut hergerichtete Biographie vor (Carl Severing von Hans Menzel. H. P. Verlag, Berlin SW 68; Preis 1,25 RM.), die sich über diesen wichtigen Abschnitt seines Lebens hinaus mit dem Wirken des ganzen Mannes beschäftigt. Leidenschaftslos und ohne in der Grundhaltung die weltanschauliche Verbundenheit mit dem Träger der Darstellung zu verleugnen, entwirft der Verfasser ein immer sachliches Bild von Carl Severing, dem Arbeitersohn, Gewerkschaftsführer und Parlamentarier, dessen große politische Zeit nach der Revolution anfängt. Diesem Wirken Severings als Schöpfer der preußischen Polizei, als Reichsinnenminister und wieder Preußenminister ist der Hauptteil des Menzelschen Buches gewidmet. Es arbeitet klar das Bleibende in dieser Ministertätigkeit heraus und erweckt auch beim politisch Andersdenkenden einen imponierenden Eindruck von der Zähigkeit und Energie eines Mannes, der seiner geistigen Herkunft nach ein Erbe des deutschen Idealismus genannt werden darf. hg.

Meißner Porzellan / Von Paul F. Schmidt

Meißen ist bekanntlich die Geburtsstätte und der unbestrittene Vorort der europäischen Porzellanfabrikation im 18. Jahrhundert. Joh. Friedr. Böttger, der vor 250 Jahren, am 4. Februar 1682, in Schleiz geboren und in Berlin als Apotheker ausgebildet war, wurde als Goldmacher vom Kurfürst August dem Starken engagiert und, wie es damals üblich war, in engem Gewahrsam gehalten. Er erfand zwar nicht den Stein der Weisen, der unedles Metall in Gold verwandeln sollte, aber es glückte ihm eine Entdeckung, die für die sächsischen Herrscher weit folgenreicher und glücklicher sich erwies: zunächst 1708/9 das braune nach ihm benannte Steinzeug, kurz darauf das echte, aus Kaolin, Quarz und Flußmitteln zusammengesetzte weiße Porzellan, das die Chinesen zwar schon ein Jahrtausend früher erfunden hatten, das man aber in Europa bis dahin nur als teuer bezahlte Exportware aus Ostasien kannte, und dessen von Geheimnis umwitterte Herstellung dem Kurfürst von Sachsen und seiner Meißner Manufaktur sehr bald die Vorteile eines wahren „Steins der Weisen" eingebracht hat.

Denn wenn auch das sorgfältig gehütete Mysterium der Herstellung von weißem Porzellan im Lauf des 18. Jahrhunderts allmählich über viele deutsche und bald auch außerdeutsche Höfe sich verbreitete, in Berlin, Frankenthal, Nymphenburg, Höchst, Wien, Paris, Chelsea u. a. von Fürstlichkeiten ausgehaltene Manufakturen entstanden (deren Produkte heute von den Sammlern, wie man sagt, mit Gold aufgewogen werden), den technischen Vorteil, den Meißen von Anfang an besaß, nicht zum wenigsten durch die ausgezeichneten Kaolinlager seiner Umgebung, wußte es durch künstlerische Qualitäten zu einem niemals eingeholten Vorsprung zu entwickeln. Es kam so weit, daß die Begriffe Porzellan, Meißen, Vieux Saxe fast identisch wurden, daß noch heute die gekreuzten Kurschwerter in kobaltblauer Unterglasurfarbe als Meißner Fabrikmarke ohne weiteres respektiert werden, als Kennzeichen höchster technischer und künstlerischer Porzellanqualität. Man erinnert sich fast automatisch bei diesem Zeichen an die überragende Rolle, die Dresden als Kunststadt im 18. und 19. Jahrhundert gespielt hat (wobei das nahe Meißen wie ein Vorort ohne weiteres als zugehörig einbezogen wird); an die überragende Rolle, die ein so großer Bildhauer wie Kändler, ein so glänzender Organisator und Formgeber wie Herold in der Meißner Porzellanherstellung gespielt haben. Und daran, daß in der neuesten Zeit, ähnlich wie es in Berlin und Nymphenburg geschah, ein mächtiger Aufschwung in modernem Geiste einsetzte, dem keine private oder außerdeutsche Konkurrenz gleichzukommen vermochte, nicht einmal die eine Zeitlang enthusiastisch gefeierte Kopenhagener Manufaktur. Bildhauer wie Paul Scheurich, Barlach, Gaul, Gerhard Marcks und Esser geben der Meißner Kleinplastik in Menschen- und Tierfiguren — was einst von Georg Hirth recht anmutig „Deutsch-Tanagra" benannt wurde — einen neuen und, bei teilweise sehr glücklicher Anpassung an die Leichtigkeit des Rokoko, durchaus modernen Aufschwung, und tektonische Künstler von dem Range van de Veldes, Niemeyers, Börners u. a. erneuerten die Form von Tafel- und Gebrauchsgeschirr, von Vasen und Gefäßen in einem ausgezeichneten Geiste, der sich abermals die Welt eroberte. Die Berliner Manufaktur ist darin, besonders in allerletzter Zeit, in noch radikalerem Geiste vorgegangen, während Pfeiffer, der verdienstvolle Generaldirektor von Meißen, den Zusammenhang mit der großen Tradition vornehm und zurückhaltend kultiviert.

Tänzerin von Prof. Paul Scheurich

In der Ausstellung des Berliner Schlosses treten die beiden wesentlichsten Gebiete aus der Meißner Porzellangeschichte bedeutend hervor. Die Entwicklung der Formen wird man in der vorzüglichen Porzellansammlung des Schloßmuseums finden; die Ausstellung betont die große Tierskulptur der Barockzeit, durch Namen wie Kirchner, Eberlein und vor allem Kändler repräsentiert, in schönen Neuformungen und bietet ein hervorragendes Beispiel fürstlicher Tafeldekoration in dem gedeckten Tisch aus der Dresdner Silberkammer, dessen vergoldete Prunkgeräte die unmittelbaren Vorbilder für Meißner Porzellanservice gebildet haben. Hier sieht man bis ins einzelne, bis zu dem Damasttuch von 1744 und den lederbezogenen Stühlen aus Schloß Moritzburg, ein Muster vollendeter Tafelkultur zur Zeit August des Starken vor sich. Die Vitrinen und die anderen gedeckten Tische enthalten zum größeren Teil Beispiele aus der neuesten Zeit, nobel und zurückhaltend dekorierte Service und Vasen von Paul Börner, Kleinplastik von Scheurich und den andern bereits erwähnten Bildhauern. Daß auch diese modernen Erzeugnisse von Meißen, wie übrigens die Kunstwerke aller großen Manufakturen, Dinge von luxuriöser Kostbarkeit für den Sammler und den wohlhabenden Bürger darstellen, wird niemandem entgehen. Porzellan von künstlerischem Wert kann seiner Natur nach nichts anderes sein als hochqualifiziertes Kunstgewerbe, das billige Gebrauchsgeschirr des Alltags ist Fabrikware, die zwar dasselbe Material bietet, aber ohne Prätension auf Kunstwert.

Nashorn von Kirchner 1731

Ehrentempel von Joh. Joach. Kändler 1748

Büchereingang

Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht. 2. Landesstaatsrecht. Von Dr. jur. Erich Wagner, Ministerialrat beim Rechnungshof des Deutschen Reichs. 136 S. 5 RM. R. von Deckers Verlag, Berlin. 1931.

Gegen den Korridor. Polnische Zeugnisse und Tatsachen. Von Axel Schmidt. 40 S. Edwin Runge, Berlin. 1932.

Agrarpolitik in Zahlen. Herausgegeben von der Deutschen Bauernschaft e. V. Berlin. Dezember 1931.

Die Rechtsgrundlagen für Deutschlands Recht auf Abrüstung seiner Vertragsgegner. Ein Vergleich des Art. 8 mit der Präambel des Teils V des Versailler Friedens. Von Dr. Viktor Böhmert. (Wissenschaftliche Beiträge zu aktuellen Fragen, herausgegeben von Dr. Werner Kipke, Heft 3) 61 S. 1931. Verlag Dr. Emil Ebering, Berlin.

Die Revision der Völkerbundssatzung im Hinblick auf den Kelloggpakt. Von Walther Schücking. (Wissenschaftliche Beiträge zu aktuellen Fragen, herausgegeb. von Dr. Werner Kipke, Heft 1) 43 S. 1931. Verlag Dr. Emil Ebering, Berlin.

Volksfreund-Kalender auf das Jahr 1932. Jubiläumsjahrgang (25 Jahre). Druck und Verlag: Peter Kuhn, Bela Crkva, Jugoslawien.

Der Abbau der Preise als Weg zur Gesundung der Wirtschaft. Ein Vortrag von Dr. Otto Conrad. 22 S. Manzsche Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien. 1932.

Jahrbuch der katholischen deutschen Hochschülerschaft Österreichs 1932. 80 S. Selbstverlag, Wien.

Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Von Theodor Heuß. 168 S. Kartoniert 2,80 RM., in Leinen 3,80 RM. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart. 1932.

Heimatdienst-Abonnement billiger

Die Zeitschrift „Heimatdienst“, herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, erscheint vom 1. Januar 1932 ab im gleichen Umfange zweimal monatlich zum verbilligten Bezugspreis von

RM 6.50 jährlich

(bei Lieferung unter Kreuzband RM 1.20 Porto), RM 3.25 halbjährlich (zuzügl. RM 0.60 Portospesen bei Lieferung unter Kreuzband).

Einzelpreis der Heimatdienst-Nr. 30 Pfg.

Richtlinien der Reichszentrale für Heimatdienst

Bezugspreis der in zwangloser Folge erscheinenden Nummern ab 1. Jan. 1932 **RM 2.00 jährlich.** Einzelpreis je nach Umfang.

Wir versenden Probenummern kostenlos und bitten die Freunde unserer Zeitschrift um Angabe von Adressen von Interessenten des „Heimatdienstes“

Zentralverlag G. m. b. H. • Berlin W 35

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Robert Breuer, Berlin-Wilmersdorf. — Für den Anzeigenteil: Hugo Weiße, Berlin-Neukölln.
Alleinige Anzeigenannahme: Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 41. Fernruf B 1 Kurfürst 2881. Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.
Anschrift der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 5.